

# Steuertricks: Google verschob 2012 fast 9 Milliarden Euro auf die Bermudas

**Stefan Beiersmann**

14. Oktober 2013

Google hat durch legale Steuertricks im vergangenen Jahr mehr als 8,8 Milliarden Euro seiner internationalen Einnahmen auf die Bermudas verbracht. Das berichtet die Financial Times. Gegenüber dem Jahr 2011 habe sich der Betrag um 25 Prozent erhöht. Durch die Verlagerung der Gelder habe der Internetkonzern seine Steuerrate außerhalb der USA auf etwa 5 Prozent gesenkt. In Irland, wo Google den größten Teil seiner internationalen Umsätze verbucht, beträgt der Steuersatz 11 Prozent.



Die Zahlen stammen dem Bericht zufolge aus Unterlagen, die eine niederländische Tochter von Google veröffentlicht hat. Demnach führt die für das internationale Geschäft zuständige irische Google-Niederlassung über Umwege Gebühren für die Nutzung von Googles geistigem Eigentum an eine andere Tochter auf den Bermudas ab. Durch das Wachstum von Googles weltweiten Geschäften habe sich dieser Betrag in den vergangenen drei Jahren verdoppelt.

Die Google Netherlands Holding habe 2012 8,6 Milliarden Euro von Google Ireland Ltd und 232,8 Millionen Euro von Google Singapur erhalten. Bis auf 10,4 Millionen Euro sei die gesamte Summe an Google Ireland Holdings abgeführt worden, ein in Irland angemeldetes und von Bermuda aus kontrolliertes Tochterunternehmen.

Durch Unterschiede im irischen und US-Steuerrecht werde diese in zwei Ländern ansässige Tochter in den USA als irisches Unternehmen und in Irland als bermudisches Unternehmen behandelt, heißt es weiter in dem Bericht. 2003 habe es einen großen Teil von Googles geistigem Eigentum erworben und lizenziere es seitdem an Google Ireland Ltd. Diese Tochter wiederum beschäftigte 2012 2199 Mitarbeiter und meldete einen Gewinn vor Steuern von 153,9 Millionen Euro bei Einnahmen von 15,5 Milliarden Euro. In Irland zahlte sie laut Financial Times nur 17 Millionen Euro Steuern.

Auch wenn das Verfahren vollkommen legal ist, wird es von Politikern in vielen Ländern scharf kritisiert. Die EU-Kommission hatte beispielsweise schon Ende 2012 seinen Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Bekämpfung von Steueroasen empfohlen.

Google-Chairman Eric Schmidt betonte mehrfach, der Internetkonzern zahle alle "gesetzlich geforderten Steuern". Die Verantwortung sieht er bei den jeweiligen Regierungen. Letztlich sei es die Aufgabe des Gesetzgebers, mögliche Steuerschlupflöcher zu schließen.